

Buchmesse: Fülle und Fragen

Bücherberge – als sollten Frankfurts Wolkkratzer Konkurrenz bekommen. ND berichtet über Argentiniens Verlagslandschaft, stellt David Grossman vor und interviewte – ein Buch. **Seiten 2 und 13**



Grüne im Aufschwung

Bündnis 90/Die Grünen befinden sich gerade im Umfragehoch. Reiner Priggen, Fraktionschef der Grünen im NRW-Landtag, erklärt im ND-Interview unter anderem das Erstarken der Ökopartei. **Seite 4**



Hartz IV

Rentenbeiträge auf der Kippe / Arbeit: Wann wird Abfindung gezahlt? / Nachbarrecht: Grundstück verwildert

Standpunkt

Fahrenheit?

Von Hans-Dieter Schütt

Die Frankfurter Buchmesse offenbart allen Beteiligten, wie rasch ein Jahr ins Nichts rutschte. Wieder drängt sich in diesen Tagen das Wort vor. Feiert seine Freiheit, feiert sein Gewicht, feiert seinen Glanz aus Wissen, und das Innere der Welt bleibt doch dunkel.

Gelegenheit, an »Fahrenheit 451« zu denken. Ray Bradbury schrieb den Roman, Francois Truffaut verfilmte ihn. Es ist das Porträt eines Widerstandskampfes – in einer Gesellschaft, die Bücher als unglücksstiftend ansieht, sie gesetzlich verbietet. Die Feuerwehr hat Order, Bücher aufzuspüren und zu verbrennen, um das gesellschaftliche Glück zu sichern. Die Literatur flieht in die Köpfe, ganze Romane werden auswendig gelernt und weitergesagt.

Jetzt an diesen Horror erinnern? Wo eine Messe vor Buchpreisung schier birst? Noch immer gibt es Zensur – das öffentliche Verbot bleibt in bestimmten Gegenden die geheimste Empfehlung. Und noch immer darf manche Erzählung nur Kassiber sein. Jedes gute Buch in Frankfurt steht also auch für eines, das nicht entstehen, nicht verbreitet werden darf. Dass es im Westen keine Zensur gibt, ist wahr. Darüber vergisst man glatt, wie viel man nicht sagen darf.

Alles laut auf den Markt Geworfene hat jedenfalls einen heimlichen Zwilling: das mundtot Gemachte. Die unteilbare Welt ist in dem anwesend, was nicht zur Welt kommen kann. Aufputz und Aufschrei bilden die beiden Seiten einer Messe-Medaille – die in jedem Falle Kehrseiten sind.

Unten links

Westler wissen wenig vom Osten. Sie halten Schott & Genossen für eine hartnäckige Widerstandsgruppe der SED und die Osteoporose für eine Pflanzenzüchtung der DDR. In einem Punkt aber kommt man einander nun näher: Auch im Westen wächst die Nostalgie, das stellen Münchner Soziologen fest. Man spricht von wachsendem Interesse für altmodischste Einrichtungen in Restaurants, Wohnungen und Hotels. Besonders würden alte Haushaltssprüche auf Handtüchern, Essbrettchen und Sofakissen boomen. Aber die meisten Sprüche Urgroßvaters sind doch gar nicht altmodisch, sondern prickelnd modern. »Einzig die Arbeit adelt den Menschen.« Stimmt: von wegen. »Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt.« Stimmt auch: Es gibt immer eine Suppe auszulöffeln, die andere einbrockten. »Eine Hand wäscht die andere.« Stimmt: So wird der Dreck weitergegeben. »Beim Essen redet man nicht.« Stimmt: Noch ins Gras beißt der Deutsche, nach alter Tradition, gern schweigend. *hades*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



CIA tötete deutsche Terror-Azubis

Geheimdienst-Gerüchte über Drohnen-Einsatz in Pakistan / Bundesanwaltschaft ermittelt nicht



Eine der derzeit extrem beanspruchten Predator-Drohnen. Die ferngesteuerten Völkerrechtsverletzer können zwei Hellfire-Raketen ins Ziel bringen. Foto: dpa

Von René Heilig

Der US-Geheimdienst CIA hat offenbar bei einem Drohnenangriff im pakistanischen Nord-Wasiristan abermals mutmaßliche Extremisten getötet. Diesmal vor allem deutsche.

Verschiedenste Geheimdienste streuen unterschiedliche Gerüchte. Offizielle Bestätigungen vor allem aus den USA fehlen. Möglicherweise sind bei der Attacke am Montag zwölf Menschen getötet und weitere verwundet worden. Je nach Quelle könnten vier, fünf oder acht der Toten aus Deutschland stammen. Einer soll sich Fayyaz genannt haben. Bei drei weiteren Toten handelte es sich um Pakistaner – oder doch »nur« um zwei Turkmenen? Augenzeugen berichteten jedoch von toten »Arabern«, konnten aber keine weiteren Angaben zu deren Identität machen.

Kein Protest aus Berlin, bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe

heißt es, man wisse nur, »was man im Radio hört«. Aktuelle Ermittlungen, wer da illegal möglicherweise unter welchem Verdacht wann von wem getötet wurde, gebe es nicht. Nun müssten sich »erst einmal das Auswärtige Amt und die Nachrichtendienste um Fakten bemühen«, hieß es auf ND-Anfrage. Auch das Außenamt sagte: »Es gibt bisher keine Erkenntnisse.«

Die Angaben aus Pakistan sind auch vor Ort nicht nachprüfbar – nicht nur, weil die Taliban die Leichen umgehend fortgeschafft haben. Sicher scheint: Ein unbemanntes Fluggerät hat in der pakistanischen Region Nord-Wasiristan zwei Raketen auf das Haus eines Stammeschefs gefeuert. Ein pakistanischer Agent – der Geheimdienst ISI hat traditionell gute Beziehungen zu Taliban und Mudschaheddin – berichtete: »Die Raketen sind in ein Gehöft eingeschlagen, das dem Taliban Sher Maula Khan gehört.« Der hatte es »Deutschen«

vermietet. Die waren angeblich zur Terrorausbildung im drei Kilometer entfernten und einschlägig bekannten Mir Ali angereist.

Ein leitender Beamter des ISI behauptet – laut Agentur AP –, dass sich mehrere Dutzend Personen mit europäischer Staatsangehörigkeit im gesetzens Grenzgebiet aufhalten. Daneben gebe es Tschechen, Usbeken, Araber und Türken – einer davon sei Ex-Pilot der türkischen Luftwaffe. Das britische Amt für Kommunikationsüberwachung vermutet unter den Extremisten bis zu 20 gebürtige Briten. Mobilfunkgespräche sind nach England zurückverfolgt worden, speziell in die »Midlands«, wo viele pakistanische Immigranten leben. Auch US-Bürger lassen sich drillen – so wie Faisal Shahzad aus dem US-Bundesstaat Connecticut, der am 1. Mai 2010 am New Yorker Time Square eine Autobombe zünden wollte. Gestern erging das Urteil: Lebenslänglich.

Beinahe täglich griffen im vergangenen Monat CIA-Drohnen Ziele jenseits der afghanischen Grenze an. Ein neuer Rekord, der möglicherweise auch mit den anstehenden US-Kongresswahlen zu tun hat, meinen Experten. Die »New York Times« berichtete unlängst sogar von Plänen für kurze US-Bodenoperationen in Pakistan. Verstärkt verbreitet werden derzeit Gerüchte über bevorstehende Al-Qaida-Anschläge in Europa, darunter in Deutschland. Befürchtet werden »swarm-attacks«, bei denen Terror-Teams mit automatischen Waffen Blutbäder anrichten. Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt haben angeblich Hinweise auf 70 Personen, die aus Deutschland nach Pakistan und Afghanistan gereist sind, um eine Terror-Ausbildung zu absolvieren. Ein Drittel sei zurückgekehrt.

Das Innenministerium bleibt dabei: Für »Alarmismus besteht jedenfalls zur Zeit kein Anlass.«

Unzureichendes Angebot von Mappus

Vorerst keine weiteren Baumfällungen in Stuttgart / Volksabstimmung soll Landtag auflösen

Mit der Ankündigung eines Teilstopps der Abrissarbeiten hofft Ministerpräsident Mappus, etwas Luft aus dem Konflikt um Stuttgart 21 nehmen zu können. Die Stuttgarter Polizei macht weiterhin die Demonstranten für den gewaltsamen Einsatz in der vergangenen Woche verantwortlich.

Stuttgart (Agenturen/ND). Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) will den erbiterten Streit um das Bahnprojekt Stuttgart 21 entschärfen. Mappus kündigte am Dienstag in Stuttgart einen Teilstopp der Abrissarbeiten an und bezeichnete dies als »starkes Signal« an die Projektgegner. Die Polizeiführung verteidigte derweil den gewaltsamen Einsatz bei der Demonstration am vergangenen Donnerstag.

Mappus zufolge wird der Südflügel des Bahnhofs vorerst nicht abgerissen. Zudem würden keine weiteren Bäume vor »dem Beginn der Vegetationsperiode 2011« gefällt.

De facto bedeutet diese Ankündigung, dass vor Oktober nächsten Jahres keine weiteren Bäume gefällt werden – denn während der bis Ende September dauernden Vegetationsperiode ist das Fällen von Bäumen verboten. Der Ministerpräsident bekräftigte zwar, dass es »keinen generellen Baustopp« geben solle. Jedoch will er heute in einer Regierungserklärung ein weiteres »Maßnahmenbündel« ankündigen, um Gespräche mit den Gegnern des Bahnprojekts auf den Weg zu bringen.

Die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, Renate Künast, reagierte zurückhaltend auf die Ankündigungen von Mappus. »Etwas zu unterlassen, was zum Baufortschritt sowieso nicht notwendig ist, wäre kein wirkliches Angebot«, sagte sie in Berlin. Grünen-Parteichef Cem Özdemir wertete jedoch die Ankündigung als Chance, dass Befürworter und Gegner des Projekts ins Gespräch kommen. »Dazu

müssen alle Fakten, auch geheime Zahlen, Daten, auf den Tisch, und dann muss man versuchen, sich mit Argumenten auseinanderzusetzen«, sagte er im RBB-Inforadio.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt nannte das Angebot der Landesregierung für einen Teilstopp der Abrissarbeiten halbherzig. Der Schritt werde das Problem Stuttgart 21 nicht lösen, sagte Baden-Württembergs frühere SPD-Chefin im SWR. Die einzige Chance sei die von der SPD geforderte Volksabstimmung.

Fünf Tage nach dem umstrittenen Polizei-Einsatz gegen Projektgegner zeigte sich Landespolizeipräsident Wolf Hammann in Stuttgart überzeugt, dass die Beamten verhältnismäßig gehandelt hätten. »Ich habe volles Vertrauen in die Einsatzleitung und Polizisten vor Ort.« Der Inspekteur der Polizei, Dieter Schneider, machte den »massiven Widerstand« der Demonstranten dafür verantwortlich,

dass »Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt werden mussten«. Bei der Demonstration waren nach Behördenangaben mindestens 130 Menschen verletzt worden, die Veranstalter sprechen von mehreren hundert. Mappus sagte zu dem Polizeieinsatz, er wolle, dass alle Fakten offengelegt werden.

Die SPD und die Grünen im baden-württembergischen Landtag erwägen nun, einen Untersuchungsausschuss zu dem Polizeieinsatz einzuberufen. Am Dienstagabend sollte Innenminister Heribert Rech (CDU) dem Innenausschuss des Parlaments seine Bewertung des Einsatzes darlegen.

Daneben gibt es verschiedene Initiativen für Volksentscheide. Die »Parkschützer« wollen durch eine Volksabstimmung noch vor der Landtagswahl im nächsten Jahr gleich den gesamten Landtag auflösen und damit die Regierung Mappus aus dem Amt heben. *Seite 3*

Vatikan rügt Nobelpreis für Edwards

Erzbischof: Ehrung völlig deplatziert

Rom (epd/ND). Der Vatikan hat die Vergabe des Medizin-Nobelpreises an den Erfinder der künstlichen Befruchtung, Robert Edwards, gerügt. Die Entscheidung des Nobelpreis-Komitees zugunsten des britischen Wissenschaftlers halte er für völlig »deplatziert«, sagte der Präsident der Päpstlichen Akademie für das Leben, Erzbischof Ignacio Carrasco de Paula, italienischen Zeitungen vom Dienstag zu Folge. Edwards sei nicht nur verantwortlich für die Vermarktung von Eizellen, sondern auch für die große Zahl von Embryonen in Kühltruhen, die im besten Fall darauf warteten, in eine Gebärmutter einpflanzt zu werden, aber mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu verurteilt seien, zu sterben.

Der Erzbischof machte den Biochemiker Edwards für »Verwirrung bei der künstlichen Befruchtung« verantwortlich, durch die Kinder von Großmüttern und Leihmüttern zur Welt gebracht würden. Der Vatikan hatte das Verfahren der künstlichen Befruchtung, die so genannte In-Vitro-Fertilisation, stets als unmoralisch verworfen. Edwards habe lediglich eine im menschlichen Körper bestehende Technik angewandt, dabei jedoch eine ethische Grenze überschritten.

1978 war in einer von Edwards mitbegründeten Klinik in Manchester als erstes Retortenbaby Louise Brown zur Welt gekommen.

Kommentar Seite 8

Kurz

Physik-Nobelpreis für Graphen

Stockholm (dpa). Der Nobelpreis für Physik geht 2010 an die Entdecker des »Wundermaterials« Graphen. Der russisch-niederländische Physiker Andre Geim und sein russisch-britischer Kollege Konstantin Novoselov teilen sich die höchste Auszeichnung für Physiker. Das teilte die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften in Stockholm mit. Graphen ist eine atomdünne Kohlenstoffschicht. Aus solchen Schichten besteht Graphit. Auf Grund seiner speziellen physikalischen Eigenschaften könnte es neue elektronische Anwendungen ermöglichen.

Lehrerprotest

Bukarest (dpa). In Rumäniens Hauptstadt Bukarest haben am Dienstag tausende Lehrer gegen die Sparmaßnahmen der Regierung demonstriert.

Luther-Straße in Rom

Rom (epd). In Rom soll eine Straße nach dem deutschen Reformator Martin Luther (1483-1546) benannt werden.

Arktis bald eisfrei

Washington (dpa). Das Eis in der Arktis wird nach Schätzung von US-Forschern in 20 bis 30 Jahren während der Sommermonate komplett wegschmelzen.